



Mit einer Petition wollen sich mehrere Kommunen mehr Zeit verschaffen, um ihre Stellungnahme zum Bahnprojekt Ulm – Augsburg abzugeben. Foto: Marcus Merk (Symbolbild)

Bahnausbau: Jetzt wird Protest aus den Rathäusern laut

Sieben Städte und Gemeinden haben sich der Zusmarshäuser Petition angeschlossen. Sie fordern mehr Zeit für eine Stellungnahme zum Bahnausbau zwischen Ulm und Augsburg.

Von Katja Röderer

Zusmarshausen Die Zeit drängt. Städte und Dörfer, die direkt vom Bahnausbau zwischen Ulm und Augsburg betroffen sind, sollen bis Ende Oktober erklären, was sie von dem Milliardenprojekt halten. So sieht es das Raumordnungsverfahren der Regierung von Schwaben vor. Dafür wurden vor Kurzem jeweils elf Aktenordner mit den Plänen zum Bahnausbau an die Rathäuser ausgeliefert. Hier wird jetzt aber Protest laut. Eine Petition aus Zusmarshausen findet zunehmend Unterstützer in anderen Rathäusern. Sieben Kommunen haben sich mittlerweile angeschlossen.

Die Petition war am Montagabend in Zusmarshausen gestartet worden. Die Marktgemeinde fordert darin mehr Zeit, um eine Stellungnahme zum geplanten Bahnausbau zwischen Ulm und Augsburg abgeben zu können. Die eingeräumte Fristverlängerung bis Mitte November reicht Zusmarshausen nicht. Mit der Unterschriftensammlung sollen die Beteiligten des Raumordnungsverfahrens bis Februar 2024 Zeit bekommen, sich zum Bahnausbau zu äußern. Der Regierung von Schwaben ist allerdings daran gelegen, das Verfahren innerhalb von sechs Monaten abzuschließen.

Vier verschiedene Möglichkeiten gibt es auf dem Papier, die



Vor den elf Aktenordnern zum Raumordnungsverfahren stehen (von links) Gutachter Wulf Hahn von Regio-Consult, Verkehrs- und Umweltmanagement aus Marburg, Bürgermeister Bernhard Uhl und Rechtsanwalt Benno Ziegler von der Kanzlei Schönefelder-Ziegler. Foto: Marktgemeinde Zusmarshausen

Schienen für Hochgeschwindigkeitszüge und Güterverkehr von Ulm nach Augsburg zu verlegen. Oberstes Ziel ist eine Fahrzeit von 26 Minuten für ICE und Co. Welche der vier Bahntrassen am Ende gebaut wird, soll der Bundestag 2025 entscheiden. Das Raumordnungsverfahren ist ein erster Schritt dorthin, es geht dabei um einen überörtlichen Blick auf die Pläne der Bahn. Weitere Verfahren schließen sich an. So werden private Betroffenheiten im anschließenden Planfeststellungsverfahren erörtert. Alle vier Trassenvarianten durchlaufen diesen Weg. So füllten sich die elf Aktenordner.

Den Kommunen und Trägern öffentlicher Belange wurde für ihre Stellungnahme eine Frist von sieben Wochen eingeräumt. Nach Ansicht Zusmarshausens ist diese Frist für ein „dermaßen einschnei-

dendes und landschaftsveränderndes Jahrhundertprojekt absolut unverhältnismäßig“, wie es in einer Erklärung aus dem Rathaus heißt. Eine gründliche und umfassende Prüfung könne so nicht gewährleistet werden. Spätere Korrekturen von Mängeln, Nachteilen oder Unstimmigkeiten seien oft nur schwer oder gar nicht möglich.

Bürgermeister Bernhard Uhl ist überzeugt: „Wir brauchen mehr Zeit.“ Deshalb hat er zur Petition „Korrektes und faires Verfahren auch im Raumordnungsverfahren (ROV) Neubau-Bahnstrecke Ulm-Augsburg“ aufgerufen. Ganz gleich, welche Trasse am Ende gebaut wird, Zusmarshausen und seine Ortsteile wären davon betroffen. Bernhard Uhl stellt aber klar: „Es geht hier nicht um die Trassenvarianten, sondern lediglich darum, dass den betroffenen

Kommunen und allen Trägern öffentlicher Belange eine angemessene Frist zur Prüfung eingeräumt wird.“

Sieben weitere Städte und Gemeinden sehen das offenbar ganz genauso. Günzburg, Horgau, Burgau, Jettingen-Scheppach, Altenmünster, Adelsried und Kötz haben sich mittlerweile dieser Petition angeschlossen. In Zusmarshausen wurden bis Freitagvormittag mehr als 100 Unterschriften zusammengetragen. Die Bewohner wurden am Donnerstag im Gemeindeblatt *Der Marktbote* über die Petition informiert. Noch bis Mittwoch, 25. Oktober, liegen die Listen aus. Vereine, Gewerbetreibende und Gemeinderäte wurden um Unterstützung beim Unterschriftensammeln gebeten. Auch der Bürgermeister will noch von Haus zu Haus gehen und Unterschriften sammeln.

Er sei unterdessen gerade mit dem Gutachter Wulf Hahn von Regio-Consult Verkehrs- und Umweltmanagement aus Marburg und Rechtsanwalt Benno Ziegler in Streitheim, bei Chefs Culinar, im Bettenbachtal und am Wallberg zwischen Wollbach und Wörleschwang unterwegs gewesen, um die neuralgischen Stellen des Bahnausbaus anzuschauen, berichtet Bernhard Uhl. Die Petition soll Anfang November im Bayerischen Landtag übergeben werden.